



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Nothilfefonds nun auch für Studierende

Olching, 10.06.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Viele Studierende stehen derzeit vor großen finanziellen Herausforderungen. Sie machen sich Sorgen darüber, wie sie ihr Studium erfolgreich zu Ende bringen können. Nebenjobs, mit denen sie ihr Studium finanzieren, sind durch die Corona-Pandemie weggebrochen oder eine durch Corona veränderte finanzielle Situation der Eltern führt dazu, dass Studierende vor der Frage stehen, ob sie deshalb ihr Studium abbrechen müssen. Auch internationale oder ältere Studierende, die nicht BAföG-berechtigt sind, bangen um ihre Existenz.

Mit dem „Aktionsplan für Menschen in Ausbildung und Studium“ haben die Bildungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion deshalb gemeinsam mit den SPD-Landtagsfraktionen und den -LandeswissenschaftsministerInnen Bundesbildungsministerin Karliczek aufgefordert, auch für diese Nachwuchsgeneration endlich die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, erklärt: „Gerade für Studierende hier im Ballungsraum München ist es eine große Herausforderung Miete zu zahlen und ohne ihren Studentenjob in Bars oder Cafés zurechtzukommen. Die Lebenshaltungskosten sind hier – genauso wie in allen Universitätsstädten - bekanntermaßen hoch. Zu viele Wochen hat es gedauert, bis die Bundesbildungsministerin endlich eine Abhilfe vorlegen konnte, um die finanzielle Not der Studierenden abzufedern.“ Die SPD hatte sich in Bund und Ländern eingesetzt, das BAföG für alle Studierenden, die durch Corona-Pandemie in Not geraten sind, zeitweise zu öffnen. Damit wären Hilfen geschaffen worden, die zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als Darlehen gewährt worden wären. „Leider sind diese SPD-Lösungen am ideologischen Widerstand der Bildungsministerin gescheitert, was insbesondere vor dem Hintergrund vorhandener finanzieller Mittel und politischer Mehrheiten besonders bedauerlich ist“, ärgert sich Michael Schrodi. „Die beiden nun vom



Bundesministerium für Bildung und Forschung auf den Weg gebrachten Instrumente sind zu spät und in ihrer Ausgestaltung zu klein. Wir bedauern dies sehr. Umso mehr gilt es jetzt, schnell und effektiv zu helfen!“

Auf Druck der SPD wird es nun einen Nothilfe-Fonds in Höhe von 100 Millionen Euro geben. Sie werden – je nach Anzahl der Studierenden - auf die Studierendenwerke verteilt. Dort können die Studentinnen und Studenten die Hilfe beantragen, um ihre Mieten zahlen zu können und ihren Lebensunterhalt zu sichern. Schrodi zeigt sich erfreut, dass die Nothilfen – die zwischen 100 und 500 Euro pro Betroffenen und für eine Dauer von bis zu drei Monaten gewährt werden - nicht zurückgezahlt werden müssen und sowohl inländischen als auch ausländischen Studierenden an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen zur Verfügung stehen. „Ich empfehle den Betroffenen sich regelmäßig auf den Internetseiten ihres zuständigen Studentenwerks zu erkundigen, wann die Anträge online gestellt werden können und welche Informationen im Detail notwendig sind“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Sicherlich wird dort jetzt schnell an praktikablen Lösungen gearbeitet.“

Eine andere Möglichkeit zur Abfederung von finanziellen Notlagen für Studentinnen und Studenten sieht Schrodi in Studentenkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW von bis zu 650 Euro im Monat. Von Mai 2020 bis März 2021 sind sie zinsfrei. Danach muss der Kredit zu einem Zinssatz von rund 4,5 Prozent zurückgezahlt werden. Anträge dafür können bereits seit 8. Mai gestellt werden.